

REICHAUSGABE

PREIS 10 PF.

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 142 A

BERLIN • Sonntag, den 19. Juni 1932

1. JAHRGANG

# Einheitsfront wächst weiter!

## Verständigungsbereitschaft bei KP und SP. Rote Front und Eiserner Front verbunden?

### Das „Reichsbanner“ mobilisiert

Von Willi Eichler.

Die Bundesleitung des „Reichsbanners“ erläßt einen Alarmbefehl, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbeefehl vom 14. April d. J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 26. Juni, muß überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wieder hergestellt und jede Formation zur Übernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 28. März angeordnete Mitgliedersperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwerbung für die Stammformationen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und aber Tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen! — — —

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk. — — —

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen! — — —

Zusammenschließen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenstange! Hoch die Fahne Schwarzrotgold! Nichts für uns! Alles für die deutsche Republik!“

Für die ausgesprochenen Abwehrformationen der Arbeiterschaft gilt dasselbe wie für die anderen Aktionen unserer Klasse: Wir brauchen, und zwar für die unmittelbare Abwehr, vor allem einen gemeinsamen — sagen wir — Großen Generalstab. Die Notverordnung, durch die die SA wieder zugelassen worden ist, sollte von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden zum Aufbau ihrer eigenen Abwehrorganisation. Wir hielten es aus diesem Grunde für zweckdienlicher, wenn die Kommunistische Partei nicht die, an sich natürlich völlig berechtigte, Forderung stellte: Aufhebung des Verbots des „Roten Frontkämpferbundes“, sondern wenn sie peinlich korrekt — was nicht bedeutet: schlapp und nachgiebig — eine Abwehrorganisation aufzöge, die immerhin eine Schlagkraft entwickeln könnte wie die SA. Diese neue Organisation müßte unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen mit dem „Reichsbanner“ ermöglichen. Viel besser noch — freilich wohl in weiter Ferne liegend — wäre es, wenn die gesamte im „Reichsbanner“ organisierte Arbeiterschaft und die früher im „Roten Frontkämpferbund“ organisierten Genossen gemeinsam, am besten unter einem neuen Namen, die Arbeiterbataillone formierten, die nötig sind, um das Proletariat gegen den Ansturm der vereinigten Nutznießer der Klassenprivilegien zu verteidigen.

Freilich liegt das Utopische an unserem Vorschlag der gemeinsamen Abwehrformation der Arbeiterschaft nicht nur an der Sektierpolitik der KP. Der Kampf, mit dem der Aufruf des „Reichsbanners“ schließt, und zwar heute, ist für die Arbeiterschaft ein ganz unmöglicher Exzeß nationalistischer Versteigerung. Wir können im Augenblick nicht beurteilen, was den „Reichsbanner“-Führer HÖLTERMANN zu derartigen Entgleisungen ermuntert hat. Wir vermuten, daß es der Wunsch war, die „linken Kreise“ des Bürgertums auf die Seite der Arbeiterschaft zu ziehen. Wir halten es prinzipiell für falsch, diesem legendären linken Bürgertum zuliebe die sozialistische Kampparole und das sozialistische Kampfziel zu verraten. Was heute von dem linken Bürgertum einen einigermaßen klaren Kopf hat, weiß sowieso, daß es auf die Seite der Arbeiterschaft gehört, und zwar auf die Seite der klassenbewußten Arbeiterschaft. Alles, was diesen klaren Kopf nicht hat, und was also z. B. auf die Phrase reagiert: „Nichts für uns, alles für die deutsche Republik!“, oder auf die andere Phrase: „Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk“ — alle Bürger also, die von solcher Phraseologie angezogen werden sollen und können, sitzen längst bei denen, die

W-er. Die Berliner Bezirksleitung der KPD hatte am Donnerstag an die Berliner Ortsvorstände der SPD, der Gewerkschaften und des „Reichsbanners“ folgendes Schreiben geschickt:

„In dem Bewußtsein, daß ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeitermassen in Berlin ein Schlag gegen den Faschismus ist und die Kampfkraft des Proletariats bedeutend stärkt, haben wir in unserem Aufruf vom 16. Juni allen Arbeitern und Organisationen eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen:

Nieder mit der faschistischen Reaktion!

Fort mit der Papen-Regierung!

Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Dieser Vorschlag stimmt überein mit dem Willen der Arbeitermassen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, der in zahlreichen Beschlüssen der Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist.

Wir erfahren inzwischen, daß die preußische Regierung formell das Demonstrationsverbot aufrechterhält. Diese Maßnahme der preußischen Regierung dient lediglich dem Faschismus, denn durch das Verbot soll die Kampfmobilisierung der Arbeiter gegen die faschistische Reaktion erschwert werden. Wir fordern Sie auf, im Interesse der Verstärkung des Massenkampfes gegen den Faschismus die Forderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, zu unterstützen. Im übrigen erinnern wir daran, daß in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen eines Demonstrationsverbotes in Berlin das Recht der Arbeiter auf die Straße durchgesetzt hat.

Angesichts der Notwendigkeit, auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung, möglichst schnell die weiteren Kampfmaßnahmen durchzuführen, erwarten wir Ihre Antwort bis Sonnabend, den 18. Juni, mittags.“

### Die Eiserner Front antwortet.

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front erteilte darauf diese Antwort:

„Sie haben an alle Organisationen der Eisernen Front (Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — AFA-Bund — Reichsbanner) unter dem 16. Juni 1932 ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, auf das wir Ihnen hiermit im Auftrage aller Empfänger Ihres Schreibens folgendes antworten:

Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Einigung des Proletariats mehr denn je notwendig ist. Die faschistische Gefahr fordert diese Einigkeit.

Dieser faschistischen Gefahr kann aber nur begegnet werden, wenn ein ehrlich gemeinter Einheitswille vorhanden ist.

In dem Führerappell der Eisernen Front am 9. Juni d. J. haben unsere Genossen KÜNSTLER und AUFHÄUSER, auf die Möglichkeiten für alle proletarischen Organisationen hingewiesen, den Einheitskampf gegen den Faschismus zu führen. Als Voraussetzung hierfür sehen wir an, daß die Angriffe

sie viel gröber und uneingeschränkter predigen, wenn auch demagogischer: bei den Nazis. Und gerade die, die man werben sollte für den Kampf der Arbeiterschaft und für den Kampf gegen das Unrecht, die schließt man durch eine solche nationalistische Entartung automatisch von der Beteiligung an diesem Kampf aus.

Es ist die alte Verwirrung, bei der es eigenartig ist, daß gerade wir sie immer den sogenannten Marxisten vorhalten müssen: die Meinung, als ob es so etwas wie ein gemeinsames Interesse der Mitglieder einer Nation gäbe. Die Gemeinsamkeit

### Nazi-Mordbube erhält — zwei Wochen Gefängnis.

Vor wenigen Wochen wurde aus der Nähe von Danzig eine feige Mordtat gemeldet, die von dem NS RUDZINSKI an dem sozialdemokratischen Stadtverordneten FRANZ GRUHS vorgenommen worden war. GRUHS hat RUDZINSKI zur Rede gestellt, weil dieser die Frau des GRUHS auf der Straße beleidigt hatte. Vor den Augen seiner Frau wurde GRUHS von RUDZINSKI und zwei dazukommenden nationalsozialistischen Helfern niedergemacht.

Am vergangenen Freitag ist das Urteil über diese Tat gefällt worden. RUDZINSKI wurde unter Freisprechung von der Anklage des Totschlages lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe gilt durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Die niedrig bemessene Strafe ist in der Hauptsache auf die Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen zurückzuführen, die dem Angeklagten RUDZINSKI den Schutz des § 51 STGB zubilligten, weil die Tat in einem psychopathischen Alkohol-Rauschzustand begangen sei. Die beiden mitangeklagten Nationalsozialisten, der Elektrotechniker GEORG SCHWARZ und der Friseur HERBERT SAMULEWITZ, die bei dem Streit beteiligt waren, wurden freigesprochen, da sie in Notwehr gehandelt hätten.

Daß Morde dieser und ähnlicher Art besonders wirkungsvoll von Psychopathen im Alkoholrausch vollführt werden können und häufig in dieser Form durchgeführt werden, wollen wir gern glauben. Auch daß die meisten Nazis Psychopathen, also nicht zurechnungsfähig sind. Aber dann soll man sie in Irrenhäuser internieren, die man ja braun anstreichen kann, damit sie nicht viel Änderung verspüren. Für das Dänziger Gericht aber ist Verrücktheit ein Grund, solche Psychopathen möglichst bald wieder auf die Öffentlichkeit loszulassen.

der Kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden. Sie beziehen sich in Ihrem Schreiben vom 16. Juni auf den am gleichen Tage in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf. Dieser Aufruf enthält im Gegensatz zu Ihrem Einheitsfrontangebot eine große Häufung unberechtigter und verletzender Angriffe gegen unsere Organisationen, ihre Funktionäre und Führer. Angriffe, die einen ehrlichen Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nicht erkennen lassen.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben werden muß. Unsere dahingehenden Forderungen haben wir bei den verantwortlichen Stellen bereits unterm 15. Juni d. J. erhoben. Ihre seit Jahren betriebenen Versuche zur Zersetzung und Zerreißung der starken Arbeiterorganisationen, Ihr Zusammengehen mit den Faschisten in und außerhalb der Parlamente, Ihre Versuche zur Zersetzung der freien Gewerkschaften durch die RGO, Ihre Parole: „SEVERING gleich HITLER“ und „die Sozialdemo-“ (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

der Interessen liegt für die, die unter die Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens sehen, und gerade das hat MARX in erheblichem Umfange getan, nicht bei den Nationen, sondern bei den Klassen. Nur wer bei allen Wirren dieser Tage den Kopf so weit klar behält, daß er wenigstens diese Tatsache nicht aus dem Auge verliert, kann hoffen, daß die Arbeiterklasse einst befreit werden wird, und daß dann, nach Beseitigung der Klassen, über die bloße Vertretung von Klassenzielen hinaus auch die Sorge um allgemeinere Ziele einer Gesellschaft treten kann.

# England rüstet für Krieg und Bürgerkrieg.

A. F. I. Ein interessantes Schlaglicht wirft eine Meldung des „New Leader“ (die Zeitung der Unabhängigen Arbeiter-Partei) auf den Charakter der gegenwärtigen nationalen Regierung in England. Das Blatt berichtet, daß die Behörden unter der Hand Informationen sammeln für den Fall einer „nationalen Zwangslage“. Sie lassen diese Untersuchung von privaten Organisationen ausführen, die Briefumschläge tragen aber den Stempel „Portofreie Dienstsache“. An die Mitglieder des Verbandes der Elektro-Ingenieure ist beispielsweise ein Fragebogen verschickt worden, der von der Regierung in dieser Weise gestempelt war.

Die erste Frage lautet:

Sind Sie im Notfall bereit, freiwilligen Dienst im Londoner Elektrizitätswerk zu tun?

Es werden Fragen gestellt über Alter, Körperkräfte, Schärfe, Gehör, Beschäftigungsart, Geschäftsadresse, deren

Telefonnummer, Privatadresse, deren Telefonnummer, praktische Erfahrung.

Dann kommt die Frage:

Haben Sie beim Generalstreik von 1926 Dienst gemacht? Wenn ja, auf welcher Station und in welcher Stellung?

Zum Schluß Fragen darüber, auf welchen von sechs Arbeitsgebieten der Unterzeichnete im Notfall am besten verwandt werden kann, und welcher Kraftstation er am liebsten zugeteilt werden möchte.

Es ist nicht bekannt, welcher Minister in der Regierung solche Vorsichtsmaßregeln ergreift, aber im gegenwärtigen Augenblick gibt es nur eine Art „Nationale Zwangslage“, die in England entstehen könnte, und die bezeichnet man für gewöhnlich mit dem weniger diplomatischen Namen „Krieg“. Diese Vorbereitungsaktion von seiten der Regierung sollte den Arbeitern eine Warnung sein:

Seid auf der Hut!

## Papen und Herriot über Vertragstreue.

Mit zwei langen in verbindlichem und höflichem Ton vorgetragenen Erklärungen führender Staatsmänner wurde am Freitag morgen die offizielle politische Aussprache in Lausanne eröffnet. PAPAN und HERRIOT legten nacheinander ihren Standpunkt dar.

Zunächst PAPAN: Die entscheidende französische und am Tage vorher auch von MACDONALD vertretene These von der Gültigkeit der abgeschlossenen Verträge, schob PAPAN mit der kurzen Bemerkung beiseite, es handle sich in Lausanne nicht um juristische Fragen. Selbstverständlich seien die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet, aber... und damit ist er bei seinem eigentlichen Thema, der wirtschaftlich schwierigen deutschen Lage, über die er ausführlich berichtet, und zwar vermutlich um die Aufmerksamkeit nicht auf Dinge, die ihm in diesem Zusammenhang unliebsam sind, abzulenken — ohne Berücksichtigung der Fragen der Abrüstung und der internationalen Kriegsschulden.

HERRIOT konstatierte hinterher vor Vertretern der französischen Presse, daß die alten deutsch-französischen Gegensätze trotz der lebenswürdigen Verhandlungsformen offenbar in alter Schärfe weiterbestehen. Seine eigene Konferenzrede bildete denn auch begrifflicher Weise das Gegenstück zu der PAPANEN. Der gleiche ruhige Ton, ebenfalls die Anknüpfung an die Äußerung MACDONALDS; aber hier mit Nachdruck: Die Achtung der Verträge bilde die Grundlage der internationalen Moral (das war offenbar die Antwort auf den PAPANENschen Versuch, mit einer bloß juristischen Zustimmungserklärung davonzukommen). HERRIOT erklärte sich bereit, von dem Baseler Bericht auszugehen, wonach Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig sei. Aber die Reparationsfragen seien unlösbar verknüpft mit den Fragen des politischen Friedens. Man müsse also in Lausanne über das „Problem Deutschland“ hinaussehen.

Nach der ersten Vollsitzung der Konferenz mit den beiden großen Reden PAPANEN und HERRIOTS und kürzeren Stellungnahmen der Vertreter Belgiens und Italiens ist die nächste Vollsitzung erst auf den kommenden Dienstag festgesetzt worden. Die Sitzung am Freitag hat die alte Konferenz-erfahrung bestätigt, daß die feierlichen Vollversammlungen nicht leicht weiterführen; man verspricht sich mehr von privaten Unterredungen.

MACDONALD wird die Pause benutzen, um ebenfalls nach Genf zu fahren. Die englischen Bemühungen um eine Verkopplung von Reparations- und Abrüstungskonferenz werden offenbar eindringlich betrieben.

Die Nachricht von dem Fünfmächte-Abkommen in Lausanne, in dem eine vorläufige Einstellung der Zahlungen aus den politischen Schuldenabkommen und den Reparationen beschlossen ist, und zwar bis zur endgültigen Regelung der Fragen seitens der Lausanner Konferenz hat in Amerika

sofort ein Echo gefunden. HOOVER hat den Vertretern der europäischen Mächte die Mitteilung zukommen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, ihrerseits mit den europäischen Schuldnerländern in Verhandlungen über Zahlungsverleichterungen einzutreten, wenn sie untereinander eine annehmbare Regelung der Reparationsverpflichtungen zustande bringen würden.

Wie unsicher ein solches Ergebnis trotz des Fünfmächte-Abkommens vorläufig noch ist, zeigen die neben der Reparationskonferenz in Lausanne laufenden Besprechungen über die notwendige Finanzhilfe an Oesterreich. Diese Beratungen, die am Freitag unter dem dringenden Appell des Präsidenten der österreichischen Nationalbank standen — KIENBOCK hatte erklärt, das österreichische Transformatorium sei unvermeidbar, wenn nicht sofort die besprochene Anleihehilfe einsetze —, sind abgebrochen und auf Montag vertagt worden, da die beratenden Mächte sich nicht über die französische Forderung einigen konnten, Oesterreich solle sich verpflichten, bis zur endgültigen Regelung der Anleihe keine Änderung des gegenwärtigen Zustandes (gemeint sind offenbar die Beziehungen zu Deutschland) zu versuchen.

## Junker treiben keine „Parteilpolitik“.

Der Siedlungsausschuß des Reichslandbundes faßte in Berlin am 16. Juni eine Entschliebung, in der sich der Ausschuß im Beisein des Landbund-Präsidenten einmütig zu dem Gedanken der ländlichen Siedlung „bekannte“. Der Reichslandbund verlangt eine seiner Bedeutung entsprechende Einschaltung in die Entscheidungen des Siedlungswesens, insbesondere auch bei der Deutschen Siedlungsbank. Alle Kräfte, die die Siedlung parteipolitisch und konfessionell mißbraucht haben, seien auszuschalten, besonders die privaten Siedlungsgesellschaften.

Immer die alte Methode, auf die immer wieder viele hereinfallen: Ein geschickter Dieb schreit: Haltet den Dieb! — Es sind die gerissensten Parteipolitiker in Deutschland, die sich Landbündler nennen und gegen alle Parteilpolitik wettern. In diesem Fall kommt es ihnen natürlich nur darauf an, die anderen Parteien bei Entscheidungen in Siedlungsfragen auszuschalten, damit ihre eigene Partei allein den Ausschlag gibt.

Die SA versuchte, sich beliebt zu machen, indem sie bei den Löscharbeiten in Lüblow (Mecklenburg) half. Dieses Dorf ist von einem Riesenbrand verheert worden, dem eine Reihe von Gehöften mit annähernd 100 Stück Großvieh zum Opfer fiel. Etwa eine halbe Million Mark Brandschaden.

kratie ist der Hauptfeind“ haben bisher den notwendigen Einheitskampf gegen den Faschismus unmöglich gemacht.

Die Eisernen Front sieht keine Hinderungsgründe für ein einheitliches Vorgehen, wenn Sie die im vorstehenden Schreiben gewünschten Voraussetzungen ehrlich geschaffen haben.“

Auf diese Antwort der Kampfleitung der „Eisernen Front“ hin läßt sich nur soviel sagen, daß jedenfalls die äußere Bereitschaft, denn nur die kann man aus einem bloßen Brief beurteilen, vorhanden ist, die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei zu schließen.

Es berührt in seiner stereotypen Wiederholung eigenartig, um nicht zu sagen: kindisch, wie unmöglich den führenden Genossen der Arbeiterbewegung offenbar erscheint, einen Kampf und eine Auseinandersetzung zu führen, ohne die verletzenden Beschimpfungen der Klassengenossen an den Mann zu bringen. Es erscheint uns sowohl zwecklos als auch dem Ernst der Stunde wenig dienend, hier zu untersuchen, wor damit angefangen hat oder wer sich der massivsten Ausdrücke bedient hat. Wir glauben, daß die Genossen Führer in dieser Hinsicht einander nicht viel vorzuwerfen haben. Von den „Kozis“ und „Moskausöldlingen“ bis zu den „bezahlten Lakeien der Bourgeoisie“ ist die ganze Skala ziemlich gleichmäßig von beiden Gruppen der Arbeiterführer benutzt worden.

Es kommt also hier nicht auf historische Untersuchungen an, sondern darauf, daß diese Art der Auseinandersetzungen aufhört. Dazu scheint uns die Antwort der Kampfleitung der „Eisernen Front“ eine geeignete Diskussionsgrundlage zu schaffen, und wir würden es für außerordentlich falsch halten, wenn etwa die KP nun ihrerseits einschnappen würde auf die Behauptung der „Eisernen Front“, die sich gegen die RGO und die Tätigkeit der KP in den freien Gewerkschaften richtet. Es muß einer den Anfang machen im Verständigsein. Dieser wird vor der Geschichte nicht als Schwächling, sondern als Held dastehen.

Wir begrüßen selbstverständlich eine gemeinsame Demonstration der Berliner Arbeiterschaft, wie die Bezirksleitung der KP sie in ihrem Schreiben vorschlägt. Wir würden es dazu für sehr angebracht halten, daß die Leitungen der in Frage kommenden Verbände gemeinsam die Vorbereitungen treffen, die für das Gelingen einer solchen Aktion notwendig sind. Dazu rechnen wir u. a. gemeinsame Aufrufe der Organisationen, gleichgestimmte Reden der Führer dieser Organisationen und Sicherung einer außergewöhnlichen Disziplin in den dann aufmarschierenden Arbeitermassen. Ueber diese gemeinsame Demonstration hinaus haben wir tiefer und weiter reichende Vorschläge gemacht: die Zusammenfassung der proletarischen Abwehrkräfte in einer gemeinsamen Demonstration vor den Wahllokalen, d. h. in der Aufstellung einer gemeinsamen Liste aller Arbeiterparteien. Es wäre für die Stärkung des vom Fieber erfaßten Körpers der Arbeiterschaft ungeheuer wichtig, die Kraft, die aus einem so imponierenden Schritt des gesamten Proletariats erwächst, oingepfimpft zu bekommen. Der Wunsch zur Einheitsfront ist, wie alle Beteiligten versichern, bei ihnen vorhanden. Also mögen sie sich entschließen, sie endlich zu verwirklichen.

Die Haftentlassung von CLAUS HEIM und der anderen Verurteilten der beiden „Bombenleger“-Prozesse vom Oktober und Dezember 1930 ist vom preußischen Justizministerium angeordnet worden. Die Anordnung fußt auf dem Amnestiebeschluß des preußischen Landtags, wonach Delikte, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, amnestiert werden. Das Justizministerium hat sich also auf den Standpunkt gestellt, daß CLAUS HEIM und seine rechtsradikalen Genossen aus wirtschaftlicher Not gehandelt hätten.

Es hat also, wie man sieht, gar keinen Sinn, irgend welche allgemein gehaltenen Beschlüsse zu fassen: die ausführenden Organe machen in ihrer Unbekümmertheit um die Sorgen der besitzlosen Klasse doch, was sie wollen! Das Republikenschutzgesetz, gegen das Mördergesinde von rechts eingeführt, hat im allgemeinen nur Kommunisten hinter Schloß und Riegel gebracht. Eine besondere Notlage soll den armen „Proleten zugute gehalten werden und ein Bombenleger wird freigelassen.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Der Prinz fühlt die Grippe seinen Körper schütteln. Seine Augen sind gerötet, sein Schädel naß von Schwäche. Er hebt das Konzept und liest ab:

„Das deutsche Volk sitzt im Sattel, nun soll es reiten. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war mustergültig, das Reichstagswahlrecht das freieste Wahlrecht der Welt. Der Reichstag hatte stets das starke Machtmittel der Budgetbewilligung, aber das deutsche Volk machte von seiner Macht keinen Gebrauch. Wem eine Meisterteige geschenkt wird, der ist deshalb noch kein Meister des Geigenspiels...“ Der Kanzler ist am Ende seiner Rede angelangt. Mit heiserer Stimme nennt er den Preis, den die Generäle für die angekündigten Freiheiten verlangen:

„... um unsere Eigenart zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren. An unseren Toren steht der Feind! Meine Herren, unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich! Was ihr braucht, und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln, an Mut, das soll euch werden!“

Beifall bei den Abgeordneten.

Beifall auf den Tribünen.

Die Sitzung des Parlaments wird unterbrochen.

Das Parlament ist der vornehmste Ausdruck des bürgerlichen Staates. Alle Parteien haben festumrissene Eigentums- und Machtinteressen zu vertreten: Landbesitz, Industriekapital, Kirche, Adel und Krone. Die von den Besitzlosen und Machtlosen gewählten Sozialdemokraten nahmen von Anfang an eine Sonderstellung ein. Zwei Wege standen ihnen offen: der einer prinzipiellen Opposition im Parlament oder der einer Koalition mit den Vertretern der bestehenden Besitz- und Machtgruppierungen. Dieser alte Prinzipienstreit spaltete die Sozialdemokratische Partei während des Krieges in „Unabhängige“ und „Mehrheitssozialdemo-

kraten“. Die Unabhängigen zogen sich nach der Bewilligung von drei und vier Kriegskrediten in die Opposition zurück. Die Sozialdemokraten sicherten sich durch Unterstützung der Kriegspolitik Positionen und einflußreiche Stellungen innerhalb der bestehenden Staatsordnung. Aber weder die Opposition der Unabhängigen, noch der in Ausschüsse, Ämter und Ministerien aufrückende regierungstreue Teil der Sozialdemokratie beeinflusste die Kriegspolitik oder änderte das Schicksal des Volkes.

Auch in dieser Stunde treten die Führer der Mehrheitsparteien, einer nach dem anderen, an das Rednerpodium und versprechen der Regierung ihre Unterstützung. Auch die Sozialdemokraten stellen sich geschlossen hinter die Regierung, auch sie erklären sich nicht grundsätzlich gegen die geplante Nationale Verteidigung.

Der Parteiführer Ebert steht am Podium.

Friedrich Ebert, der sich in zäher Kleinarbeit an die Spitze der größten Partei Deutschlands hinaufgearbeitet hat. Im Parteivorstand bearbeitete er das Ressort Sozialpolitik. Seit 1913 war er neben Haase Parteivorsitzender. In den Jahren seines Aufstieges hatte er selten Stellung zu Ideen genommen, die noch im Fluß und unentschieden waren. So wurde er innerhalb der Meinungskämpfe seiner Partei der ruhende Pol. In der Kriegspolitik blieb er immer „der Turm“.

Ebert erklärt jetzt ausdrücklich:

„Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung...“ Aber er ist der Mann der Mehrheit und spricht aus, was allgemein anerkannt und nicht mehr umstritten werden kann. Und so wendet er sich gegen die absolutistische Stellung der OHL, die im Bestreben, die Verantwortung für den Zusammenbruch von sich abzuwälzen, von den Generälen schon freiwillig aufgegeben worden ist, und erklärt im Ton unerschütterlicher Ueberzeugung: „... die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar!“ Er geht weiter und versetzt der schon sinkenden Macht des Kaisers einen Fußtritt „... auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr!“

Ebert wendet sich den Unabhängigen zu. Im Profil sieht man das angesetzte Fett seines Genicks, das sich in einer schweren Quetschfalte über den Halskragen legt. Er hebt seine Stimme und ruft in weithallendem Pathos durch das Haus: „Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Nur Freiheit kann die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Deutschland muß frei werden oder untergehen!“

Dann sprechen Stresmann, Westarp, Solf...

Der neue Kriegsminister, v. Scheuch, stellt sich vor.

Auch die Gegner des Reiches kommen zu Worte, die Elsaß-Lothringer, die Polen, die Dänen, die Unabhängigen. Sie fordern die Loslösung großer Gebietsteile von Deutschland und die radikale Umgestaltung des gesamten Staatswesens. „Wir treten aus unserer Zurückhaltung heraus...“

„Wir dürfen und können jetzt offen sprechen...“

„Das Schwert muß in die Scheide gesteckt und in einem Museum für Altertümlichkeiten aufbewahrt werden.“ — „Die Elsaß-lothringische Frage ist zu einer internationalen geworden!“ — „Ich fordere die endgültige Lösung der nord-schleswischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker...“

Die Exzellenzen am Regierungstisch rücken zusammen.

„Der Chor der Schakale!“

„Finis Germaniae!“

Der Staatssekretär Haußmann zitiert den Dichter Heinrich Heine: „Alt-Deutschland, wir weben Dein Leinentuch. Wir weben hinein den dreifachen Fluch!“

Staatssekretär Dr. Solf wendet sich gegen die Polen:

„Ich erinnere Sie an die Opfer, die das deutsche Heer bringen mußte, ehe die Plattform möglich war, auf der jetzt die Freiheit Polens geschaffen werden soll...“

„Sehr wahr!“ rufen die Sozialdemokraten.

Die Mitte klatscht Beifall, auch die Rechte.

Der Pole Korfanty ruft mit erhobener Stimme:

„Geraubt und geplündert haben sie!“

„Raus der Hund, schmeißt ihn raus!“

(Fortsetzung folgt.)

# Arbeitszeitkürzung. / 40- und 36-Stundenwoche.

## 40-Stunden-Woche und Kurzarbeit.

Sind heute noch Neueinstellungen bei ihrer Durchführung zu erwarten?

Vor einiger Zeit gingen einige Zahlen über den Umfang der gegenwärtigen Verkürzung der Arbeitszeit durch die bürgerliche Presse, aus denen die Folgerungen gezogen wurden, daß die Forderung der 40-Stunden-Woche heute praktisch ohne Bedeutung ist für die Verminderung der Arbeitslosen.

Die dort angeführten Zahlen für die Metallindustrie, Textilindustrie, chemische Industrie und Bergbau sind richtig errechnet aus den Unterlagen, die der ADGB monatlich über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit veröffentlicht. Trotzdem ist zu fragen, ob die Folgerung für die 40-Stunden-Woche zutrifft, die daran geknüpft wurde.

Wir geben zunächst eine Uebersicht über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den verschiedenen Industrien, die wir auf Grund der Zahlen des ADGB über die Kurzarbeit Ende April 1932 (Spalte 1 bis 3) errechnet haben. Die in Spalte 3 angegebene durchschnittliche Kürzung der Arbeitswoche in Stunden versteht sich unter Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitswoche.

Wir haben die Bauindustrie hier völlig herausgelassen, da im Bauwerksbund 80,5 Prozent der Mitglieder arbeitslos sind. Die wichtigste Zahl der vorstehenden Uebersicht ist die Zahl der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit aller Industrien zusammen. Sie beträgt 42,2 Stunden.

Wenn wir die Gesamtbelegschaft dieser Industrien mit 8 Millionen annehmen (der ADGB nahm sie Mitte vorigen Jahres bei knapp 4 Millionen Arbeitslosen mit 10 Millionen an), so erhalten wir rechnerisch bei Durchführung der 40-Stunden-Woche 2,2 Stunden mal 8 Millionen, gleich 17,6 Millionen Arbeitsstunden oder 440 000 Arbeitswochen zu 40 Stunden.

Um zu beurteilen, welche Bedeutung diese Zahl hat, wollen wir sie vergleichen mit den entsprechenden Zahlen vom Juni 1931, der Zeit, in der der ADGB sein Buch über die 40-Stunden-Woche abschloß, und uns dann die vom ADGB damals sehr vorsichtig ermittelte, abgewogene Zahl für die damaligen Verhältnisse ansehen.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Industrien betrug Ende Juni 1931 44,3 Stunden, das sind bei einer vom ADGB seinerzeit angenommenen Gesamtbelegschaft von zehn Millionen 43 Millionen Arbeitsstunden oder rund eine Million Arbeitswochen zu 40 Stunden; d. h. es hätten damals bei Einführung der 40-Stunden-Woche eine Million Menschen mehr beschäftigt werden können.

Sehen wir uns nun die Zahl an, die der ADGB in seinem Buch „Die 40-Stunden-Woche“ (Seite 223) im vorigen Jahr errechnet hat:

Bei den Arbeitern:	Zusätzliche Beschäftigung:
Auswirkung der Abschaffung von Ueberstunden	100 000 Personen
Auswirkung der 40stündigen Woche in der Industrie	500 000 Personen
Neueinstellung bei Reichsbahn und Post	100 000 Personen
Bei den Angestellten:	
Abschaffung von Ueberstunden und Verkürzung der Arbeitszeit	100 000 Personen
	<u>800 000 Personen</u>

Wir sehen also: Unserer mechanisch errechneten Zahl von 1 Million entspricht das vorsichtig errechnete Ergebnis des ADGB (ohne die Angestellten): 700 000 Neueinstellungen. Wenn wir dieses Verhältnis von 10 : 7 auf unsere mechanisch errechnete Zahl von 440 000 für Ende April 1932 anwenden,

dann erhalten wir 308 000 zu besetzende Arbeitsplätze bei den Arbeitern.

Nach einer persönlich gegebenen Auskunft rechnet der ADGB gegenwärtig bei Arbeitern und Angestellten zusammen mit 600 000 Neueinstellungen, bei einer allgemeinen Durchführung der 40-Stunden-Woche. Ob diese Zahl mit derselben Vorsicht ermittelt worden ist wie die vorjährige, entzieht sich unserer Kenntnis.

Gemessen an der Zahl von über 6 Millionen Arbeitslosen ist die für die Einstellung in Frage kommende Anzahl von vierhundert- oder fünfhunderttausend Arbeitsloser sicher nicht von überragender Bedeutung. Aber mit welchem Recht sollen 500 000 Arbeiter weiter auf der Straße liegen, wenn sie bei Verkürzung der Arbeitszeit in die Betriebe eingereiht werden könnten? Und ferner, wenn die Berechnungen über die möglichen Einstellungen bei der 40-Stunden-Woche ergeben, daß die Zahl verhältnismäßig gering ist, dann spricht das höchstens insofern gegen die 40-Stunden-Woche, als die Arbeitszeit eben noch weiter verkürzt werden muß. Daran hat die kämpfende Arbeiterschaft das allergrößte Interesse, um die Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose zu beseitigen.

Auf dem Krisenkongreß des ADGB am 13. April sagte der preußische Ministerpräsident OTTO BRAUN:

„Nach meiner Ueberzeugung ist es (das Arbeitslosenproblem) nicht anders zu lösen als durch eine ganz radikale Herabsetzung der Arbeitszeit noch weit unter die 40-Stunden-Woche.“

Die Arbeiterschaft hat keinen Grund, sich dem nicht anzuschließen.

### ZdA. radikaler als ADGB.

Beirat und Verbandsvorstand des ZdA haben in gemeinsamen Beratungen am 13. und 14. Juni zur PAPENSCHEN Notverordnung Stellung genommen.

Sie fordern unter anderem: Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich.

### Die 40-Stunden-Woche auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Den „Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ entnehmen wir über die Verhandlungen auf der jüngsten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, betreffend die Durchführung der 40-Stunden-Woche in allen Ländern folgendes:

„Die Haltung, die die Unternehmer bei der ... Debatte einnahmen, verdient festgehalten zu werden. Sie zeigt, daß die Unternehmer — und gewisse Regierungsvertreter! — in einem Augenblick, wo das Schicksal von Millionen von bereits Arbeitslosen und zukünftigen Arbeitslosen auf dem Spiele steht, mit den gleichen kleinlichen und zynischen Ausreden argumentieren, wie sie dies bei irgend einer untergeordneten Frage tun.“

Der britische Regierungsvertreter wagte es sogar, gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden aufzutreten, weil ja in vielen Industrien die Arbeitslosigkeit 40 bis 60 Prozent betrage und deshalb die Arbeitszeit eigentlich auf 24 Stunden herabgesetzt werden müßte, so daß es bei einer Herabsetzung von 48 auf 40 Stunden ganz bestimmt nicht möglich sein werde, die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden zu bringen. Ein wunderbarer Trost für 25 Millionen Arbeitslose!

Der nächste Redner, der französische Unternehmervertreter LAMBERT-RIBOT, gab wohl zu, daß heute schon in vielen

Betrieben nicht mehr als 40 Stunden gearbeitet wird. Wollte man aber glauben, daß es bei dieser notgedrungen verkürzten Arbeitszeit auch in Zukunft bleiben werde, so hieße dies doch die Wirtschaftslage sehr pessimistisch beurteilen!“

C. MERTENS, vom IGB, antwortete ihm und sagte: „Er wisse wohl, daß die Arbeitgeber vor allem gegen die gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche kämpfen. Sie fürchten diese gesetzliche Regelung, weil sie sich nicht die Möglichkeit nehmen lassen wollen, bei schlechter wirtschaftlicher Lage ihren Willen den Arbeitern aufzuzwingen.“

Die Dinge liegen demnach so, daß die Unternehmer lieber die wirtschaftliche Zukunft der Welt aufs Spiel setzen, als daß sie es zulassen, in Zeiten der Krise etwas zu tun, was die Arbeiter vorschlagen, oder etwas zu unterlassen, was das Unternehmertum immer getan hat: Ausnützung der Krise zur Niederhaltung der Arbeiterschaft!

Die Resolution der Arbeitergruppe gelangte schließlich doch zur Annahme. Es wird darin gesagt, daß man direkt gegen die Ursachen der Krise kämpfen müsse, und die Arbeitslosigkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als eine Folge der Krise, sondern als eine Ursache ihrer Verschärfung betrachtet werden müsse. Die Entschließung verurteilt jegliche Lohnherabsetzungspolitik und lädt den Verwaltungsrat des IAA ein, die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche in allen industriellen Ländern zum Zwecke der demnächstigen Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen.“

Die Resolution wurde mit 48 gegen 37 Stimmen angenommen. Daß alle Unternehmervertreter dagegen stimmten, ist nicht verwunderlich. Von den Regierungsvertretern der wichtigsten europäischen Länder stimmten dagegen: Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz. Folgende sind die wichtigsten europäischen Länder, deren Regierungsvertreter für die Resolution stimmten: Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen und Rumänien.“

### Vierschichtensystem und 42-Stunden-Woche in der mechanischen Fensterglasindustrie.

Die Tarifparteien der mechanischen Fensterglasindustrie kamen am 9. Mai dahin überein, ab 1. August 1932 das Vierschichtensystem einzuführen. In der belgischen Fensterglasindustrie besteht das Vierschichtensystem schon längere Zeit, in der Tschechoslowakei wurde es zu Beginn dieses Jahres als Notregelung vereinbart.

Ueber die Bedeutung in bezug auf die Neueinstellung von Arbeitslosen nach diesem Tarifabschluß folgende Zahlen: In der Zeit von 1925 bis 1929 wurde die Zahl der Beschäftigten, infolge Mechanisierung der Produktion von 7400 auf 4200 gesenkt. Gegenwärtig sind etwa 3000 Handtafelglasmacher arbeitslos, von denen infolge der Arbeitszeitverkürzung etwa 1000 als neue Arbeitskräfte wieder in die Betriebe hineinkommen, also eine verhältnismäßig große Zahl.

Die veränderte Arbeitszeit, die jetzt 42 Stunden statt 56 Stunden wöchentlich beträgt,

hat auch gesundheitlich eine große Bedeutung für die Glasarbeiter.

Württemberg will einstweilen kein Uniformverbot von Landes wegen einführen.

Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium hat, veranlaßt durch die neue Reichs-Notverordnung vom 17. Juni an das Demonstrationsverbot aufgehoben.

## Auf der Suche nach Arbeit.

R. B. Paris, Ende Mai.

Der Bau unserer Stände auf der Pariser Messe war fast fertig; wir wußten, morgen werden wir entlassen. Den ganzen Tag sprachen wir über die Pläne, die wir uns gemacht hatten, um bald wieder Arbeit zu finden. Der eine hatte etwas von öffentlichen Arbeiten in Südfrankreich gehört; er wollte mich mitnehmen, aber man mußte sich auf zwei Jahre verpflichten und länger als 8 Stunden am Tag arbeiten. Der andere, ein Kunsttischler, wollte alle Tischlerwerkstätten seines Viertels ablaufen, vielleicht ...

Am Abend, nach Arbeitsluß gingen wir gemeinsam weg, in eine Kneipe; wir wollten uns in Ruhe aussprechen und voneinander Abschied nehmen. Wir hatten gemeinsam schwierige Arbeiten durchgeführt, schwere Balken gehoben, die die Aufbietung unserer ganzen Kraft erforderten. Dies und unsere Gespräche über die Wahlen, die Lage der Arbeiterschaft hatten uns miteinander verbunden. Nun wußten wir nicht, was morgen sein würde; wir würden in dem großen Paris verschwinden und nichts mehr voneinander hören. Wir sprachen kaum, wir waren auch müde. Schließlich standen wir auf, gaben uns die Hände und gingen hinaus. Die Straße mit ihrem Getriebe nahm uns auf.

Am nächsten Morgen stand ich vor einem großen Bauplatz. Ein Gewerkschaftskollege hatte mir auf dem Arbeitsamt gesagt: „Komm mal auf diesen Bau; ich werde versuchen, dich unterzubringen.“ „Als was?“ „Du wirst mir helfen, die Holzbekleidung herzustellen; ich werde es dir zeigen, es wird schon gehen.“

Vor dem Bauplatz standen andere Arbeitssuchende: eine Gruppe Franzosen und eine Gruppe ausländischer Arbeiter, Polen, Italiener und Spanier. Die beiden Gruppen standen getrennt voneinander. Es ging frostig zu zwischen ihnen. Die Ausländer wußten, daß der Unternehmer fragen würde: „Sind Sie Ausländer?“ und daß sie dann wahrscheinlich nicht eingestellt würden; denn nicht mehr als 10 Prozent der Belegschaft dürfen Ausländer sein. Die Franzosen wußten, daß

die Ausländer billiger arbeiteten als sie.

Ich fragte einen Zimmermann in der Gruppe der Franzosen, ob hier eingestellt würde. „Ich weiß nicht“, war die Antwort; nach einem Blick auf die Wartenden setzte er hinzu: „Viel zu viele!“ Ich versuchte mit den Ausländern ins Gespräch zu kommen. Sie waren düster, mißtrauisch. Dann kam mein Gewerkschaftskollege und nahm mich beiseite. „Du, nichts zu machen; es ist mir nicht gelungen, vielleicht in der nächsten Woche.“ „Salut!“ „Salut!“ Vor dem Tor standen noch immer die beiden Gruppen und warteten. Ich ging.

Auf dem Arbeitsamt hatte mir ein Kollege gesagt: „Geh mal in die Straße ‚des cinq Diamants‘. Dort wird die Fassade eines Hauses ausgebessert. Ich glaube, sie brauchen jemanden.“ Ich ging hin. Auf einem Gerüst stand ein Geselle und malte. „He du! Brauchst du nicht jemanden?“ Er drehte sich um und sah mich prüfend an. „Bist du Maler?“ „Nein, aber ich kann mit dem Pinsel umgehen. Neulich habe ich erst die Dächer auf der Pariser Messe gemalt.“ „Na, wir werden's versuchen. Ich zeig dir die Sache. Du darfst aber nicht ängstlich werden auf den Gerüsten.“ „Es wird schon gehen, du kannst es ja versuchen.“ „Dann komm morgen früh her und bring einen weißen Arbeitskittel mit.“

Zwei Tage habe ich gemalt und gemalt. Die Fäuste taten mir weh, die Gerüste schwankten, und tief unten war die Straße. Aber ich war froh; ich hatte Arbeit, vielleicht für den ganzen Sommer!

Dann kam der Chef. „Sie sind Ausländer, nicht wahr?“ „Ja, aus Genf.“ „Das geht nicht, ich muß Sie entlassen.“ Ich bekam ein paar Francs und mußte gehen. Nun suche ich wieder nach Arbeit.

In den Anden sind erneut vulkanische Störungen eingetreten. Durch einen Ausbruch des Vulkans Descabezado wurde die Stadt Malargue, die bei dem großen Vulkanausbruch im Frühjahr am meisten gelitten hatte, von einem Aschenregen überschüttet. Gleichzeitig wurden starke Erdbebenstöße verspürt.

## Ein Mensch verbrennt.

Die Düngersaison ist zu Ende. Wir sind jetzt der Bauabteilung zugewiesen worden. Handlangern ist nicht leicht; und doch ist es eine Erlösung gegenüber der Arbeit im Düngerkoller. Aber gegen die Arbeit der Feuermänner am Generator ist beides ein Kinderspiel.

Im Generator wird durch Verbrennung von Braunkohle Gas gewonnen. Acht Öfen sind im Generator, die mechanisch gefeuert werden. Jedes Feuer hat eine Nummer; wird ein Feuer gefüttert, so schlägt eine Glocke, um die Arbeiter, die die Schlacke aus den Rosten entfernen, zu warnen; denn manchmal schlagen bei der Fütterung Stichflammen aus den Feuern.

ALBERT steht am Feuer zwei und drei. Wir haben uns morgens über seine Arbeit unterhalten. ALBERT hat ein Asketengesicht, das von unzähligen kleinen Brandnarben bedeckt ist; denn unaufhörlich fliegen die Funken umher. Sein Körper ist ausgetrocknet. Er arbeitet acht Stunden am Tag. Tag-, Spät- und Nachtschicht. Er hat, außer dem Urlaub, keinen freien Sonntag im Jahr. Wenn er von der Nachtschicht kommt, hat er zwar freien Sonntag. Aber dann ist er ja müde von der Schicht, die hinter ihm liegt. Er schläft am „Freien Sonntag“.

Er muß während des ganzen Arbeitstages eine schwere Eisenstange führen und damit die sich bildende Schlacke aus den Rosten holen. Ich habe es versucht, bin aber schnell zurückgesprungen. Ich dachte, ich würde verbrannt. Im Winter verbrennen die Feuerleute vorn, mit dem Rücken stehen sie in der Kälte. Ihr Stundenlohn ist 72 Pfennig — in Worten „Zweiundsiebzig“.

Die Glocke hat zweimal geschlagen. ALBERT zerrt gerade an einem Stück Schlacke, einen Moment denkt er noch Zeit zu haben, noch einen — wie fest das Biest sitzt — noch einen Moment, ALBERT, es ist dein Verderben! Die Stichflamme schlägt. Ein Schrei voll Schreck und Qual. Vorbei. Der Meister geht einen schweren Gang, fast weigern sich die Füße zu gehen, sein Gesicht ist fahl. Er geht zu einer Frau mit zwei Kindern.

Er ist solche Wege schon oft gegangen. H. D.



## Angst vor der Antikriegspropaganda.

Verhaftungen wegen Hinweis auf die Kriegsgefahr. Die Telegraphen-Union hat die folgende Mitteilung erhalten:

Nach telegraphischen Berichten, die HENRI BARBUSSE und das Pariser Generalsekretariat zur Vorbereitung des Kongresses gegen den Krieg erhalten, sind führende Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die sich in einem Ausschuss zur Organisation einer polnischen Abordnung zum Weltkongress zusammengeschlossen haben, durch die polnischen Polizeibehörden auf Veranlassung PILSUDSKIS verhaftet worden. Die Intellektuellen-Gruppe, der 78 Personen angehören, wurde dieser Tage in Warschau, Krakau und in anderen polnischen Großstädten gebildet. Sie erließ einen Aufruf, in dem auf die Kriegsgefahr und auf die Bedrohung der Sowjetunion durch eine bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte hingewiesen wurde. 24 Stunden nach der Veröffentlichung des Manifestes erschien die Polizei nachts in den Wohnungen der Personen, die ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt haben und verhaftete die Ausschussmitglieder, die in vielen Fällen in mangelhafter Bekleidung zur nächsten Polizeistation bzw. zur Zentrale der politischen Polizei geschickt wurden.

Das internationale Generalsekretariat zur Vorbereitung des Kongresses erblickt in der Verhaftung der Mitglieder des polnischen Ausschusses nicht nur eine dem menschlichen Gewissen und den elementarsten Rechtsgrundsätzen widersprechende Tat, sondern auch eine Manifestierung der dunklen und provokatorischen Kriegsabsichten des PILSUDSKI-Systems, das jede Bemühung von Friedensfreunden und Organisationen zur Bekämpfung der in Polen besonders zu Tage tretenden Kriegsgefahr zu unterbinden sucht. Der internationale Ausschuss zur Durchführung des Kongresses beschloß, eine Abordnung zum französischen Ministerpräsidenten HERRIOT zu entsenden.

Der Protest ist berechtigt. Um ihn vor Mißbrauch zu schützen, ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, daß er aus Frankreich stammt. Denn es wäre ein gefährliches Spiel mit dem deutschen Imperialismus, wenn in Deutschland Friedensfreunde gerade in dieser Zeit der zunehmenden deutsch-polnischen Spannungen solche imperialistischen Uebergriffe Polens zu einer Warnung vor der polnischen Kriegsgefahr benutzen würden, ohne dabei zu erwähnen, daß auf allen Stufen des deutsch-polnischen Streits um Danzig auch auf deutscher Seite die Säbel gerasselt haben.

## Drohende Finanzkrisen.

### Österreich drängt auf Entscheidung.

Die Beratungen der Finanzsachverständigen über die Frage einer Anleihe für Oesterreich stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Der Ausschuss hält am Freitag in Lausanne eine Sitzung ab, in der der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank eine Entscheidung in der Anleihefrage fordern wird, andernfalls Oesterreich sofort ein Transfermoratorium erklären müsse.

Der bisher ausgearbeitete Plan für die Anleihe an Oesterreich sieht vor, daß England und Frankreich je 100 Millionen Schilling übernehmen, Italien 30 Millionen und die übrigen am Oesterreichischen Handel interessierten Länder, unter ihnen auch Deutschland, zusammen 70 Millionen. In dem im Ausschuss vertretenen Kreisen besteht Übereinstimmung in der Auffassung, daß ein finanzieller Zusammenbruch Oesterreichs zu einer schweren Erschütterung des ganzen europäischen Kapitalmarktes führen werde — was man sich auch schon etwas früher hätte sagen können —, daß es also geboten sei, die störenden politischen Fragen aus den Verhandlungen ganz auszuschalten. In Lausanne war daher vom TARDIEUSCHEN Donaubundplan schon nicht mehr die Rede.

## Selbstersetzung der Demokratie.

Melodie: „Hakenkreuz im Kopfe, unverschämt und frech . . .“

Die nach den wüsten Lärmenszenen im bayerischen Landtag am Freitag aus der Sitzung ausgeschlossenen NS räumten den Saal nicht freiwillig. Da erschienen uniformierte und Kriminalpolizei im Saal, um die Nazis herauszutransportieren. Nach Durchführung dieser Aktion und Wiederaufnahme der Sitzung teilte dann der Präsident STANG mit, daß wegen der Weigerung, den Saal zu verlassen, die Ausgeschlossenen nun auf Grund der Geschäftsordnung für zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen seien. Der Ausschluß trifft die ganze nationalsozialistische Fraktion.

Nach dieser Vorbereitungsarbeit wies die Regierung im Landtag die nationalsozialistischen Interpellationen zurück: die wegen angeblicher Wahlbeeinflussung; die wegen der Nichtübertragung der STRASSER-Rede auf den bayerischen Rundfunk (der bayerische Rundfunk habe von Anfang an keine parteipolitischen Kundgebungen übernommen); schließlich die Interpellation wegen der Ausübung der Polizeigewalt in Coburg durch einen staatlichen Kommissar.

So unter Kuratel gestellt zu sein, entspricht in der Tat dem Niveau, das diese Stadt ihrem öffentlichen Leben gegeben hat, und dem sie symbolischen Ausdruck durch die Wahl HIRTLERS zum Ehrenbürger verliehen hat.

### Das bayerische Uniformverbot.

in München, 17. Juni.

Amtlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die heutigen empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslbens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

## Fruchtbare Diskussion.

### Aus der Gewerkschaftspresse.

E. Sch. Die vom Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands herausgegebene Funktionärzeitung „Verband und Wirtschaft“ hat eine neue Rubrik „Wer wünscht das Wort?“ eingerichtet. In dieser Rubrik werden Einsendungen aus dem Kreise der Funktionäre veröffentlicht. Hier haben die Kollegen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen und fruchtbare Anregungen für die Verbandsarbeit weiterzugeben und zu schöpfen. Denn die Anregungen, die aus solchen Berichten geschöpft werden können, sind nicht am grünen Tisch ausgeheckt, sondern stammen aus praktischen Erfahrungen. Aus der täglichen Kleinarbeit heraus werfen hier die Funktionäre ihre Stimmen in die Waagschale. Und diese Stimmen wiegen doppelt schwer, weil sie uns ein Bild geben von der Stimmung und der Ansicht der breiten Mitgliedschaft.

Interessant ist es, daß hier auch der Ruf nach der parteipolitischen Neutralität in der Gewerkschaft erschallt. Wir entnehmen folgende Zeilen einem Bericht, den der Betriebsrat WILHELM FRIEDRICH aus Zwickau über seine Erfahrungen als Referent geschrieben hat:

... Die Folge davon (von der schlechten Organisation der Zahlstellensammlungen. E. S.) ist, daß die Mitglieder gelangweilt in den Versammlungen sitzen und schließlich ganz fernbleiben. Dazu trägt leider auch die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft bei. Gerade diejenigen Parteigänger, welche die Arbeit der Gewerkschaften nicht anerkennen und sogar eigene Verbände ins Leben gerufen haben, versuchen immer wieder, ihre politische Meinung in den Versammlungen an den Mann zu bringen. Das wirkt häufig so abstoßend, daß darunter der Versammlungsbesuch in starkem Maße leidet. Solche parteipolitischen Diskussionen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Dafür sollen die eigentlichen Verbandsangelegenheiten ausgiebig erörtert werden. Wie oft hört man im Betriebe, wie organisierte Kameraden sich über Fragen der Organisation unterhalten, ohne doch richtig Bescheid zu wissen. Da sind die Beiträge zu hoch, die Unterstützung zu niedrig, die Gehälter der Angestellten zu hoch u. s. w. Die Versammlungen sind der Ort, wo darüber Aufklärung gegeben werden kann. Allerdings müssen die vermeintlichen Beschwerden auch offen zur Sprache gebracht werden.“

Wichtig ist auch die Forderung, die ein Bochumer Kollege aufstellt: „Laßt die Frauen am Verbandsleben teil-

nehmen!“: „Die Frau ist die Wirtschaftsführerin des Mannes im Haushalt. Leider nur zu oft muß man hören, sie könnte die Beiträge für die Organisation nicht mehr aufbringen. Dabei erklärt sie aber gleichzeitig, daß sie die Lebensversicherungen, der sie und der Mann angehören, nicht fahren lassen könne, für den Fall, daß ihnen mal was passiere.“ Aus dem Saargebiet werden gute Erfahrungen gemeldet, die die dortigen Kollegen mit sogenannten Familienabenden gemacht haben, in deren Mittelpunkt immer ein Referat über die Bedeutung des Verbandes steht. „Natürlich wird immer darauf zu achten sein, daß die Zahlstelle nicht zu einem bloßen Gemütlichkeits- oder Ausflugsverein wird.“

Die Betriebsbewegung wird als eine ernste Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung erkannt. Wenn man heute durch den Betrieb geht, hört man nur von Sport, Sport und nochmals Sport. . . . Nie ist der soziale Widerstand durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß notwendiger gewesen, wie gerade jetzt. Wir brauchen eine gewerkschaftliche Agitation, die stärker ist, als alle Ablenkungen.“

Aus der Fülle der Anregungen, die zur Ausgestaltung des Gewerkschaftslebens gemacht werden, scheint mir eine besonders wichtig und wegweisend zu sein. Es ist die Aufforderung eines Kollegen aus Vacha (Rhön), der uns sagt: „Nutz die Feierschichten zur Gewerkschaftsarbeit!“ Diese Aufforderung möchte ich erweitern, und sie all den Kurzarbeitern, all den erwerbslosen Genossen zurufen:

**Die Kapitalisten haben uns in ungewollte Ferien geschickt.**

Nutzen wir diese Ferien um dem Kapitalismus das Grab zu graben!

**Nutzen wir die Freizeit, die wir gegen unseren Willen haben, zur unermüdeten Kleinarbeit am Bau der Einheitsfront**

des Proletariats gegen Faschismus und Reaktion! Dazu hat augenblicklich jeder eine gar nicht abreißende Möglichkeit: er kann von Kollege zu Kollege, von Haus zu Haus, von Stempelstelle zu Stempelstelle gehen, um

**Unterschriften zu sammeln**

für das Volksbegehren der Arbeiterschaft, für die Einheitsfront zum 31. Juli. Sammeliste in dieser Nummer!

### Griechenland in Devisenschwierigkeiten.

Der griechische Gesandte in Washington hat im Auftrag seiner Regierung die amerikanische Regierung um eine kurze Stundung der am 1. Juli fällig werdenden Kriegsschuldenzahlung gebeten. Die griechische Regierung hofft, daß die Lausanner Konferenz eine Verlängerung des HOOVER-Moratoriums erreicht, womit automatisch auch die griechischen Zahlungen weiter gestundet würden.

Sollte auf der Konferenz die Wiederaufnahme der Zahlungen beschlossen werden, so werde Griechenland für seine Kriegsschulden an Amerika die zwischen Griechenland und Amerika vertraglich festgelegte Bestimmung in Anwendung bringen, die Griechenland die Aussetzung der Halbjahresraten auf zweieinhalb Jahre zugestehe.

Infolge der Devisenschwierigkeiten ist es wahrscheinlich, daß Griechenland auch von den anderen europäischen Staaten, an die es Kriegsschulden in Ratenzahlungen abzutragen hat, einen gleichen Aufschub verlangen wird.

### Revision im Erziehungsskandal Scheuen verworfen.

k Leipzig, 16. Juni.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des Erziehungsdirektors PAUL STRAUBE und von fünf seiner Genossen gegen das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg vom 24. Juli 1931 verworfen, durch das STRAUBE und seine Genossen wegen Verbrechens nach § 226 RStGB (Körperverletzung mit Todeserfolg) verurteilt worden sind; und zwar STRAUBE zu zwei Jahren Gefängnis und die Mitangeklagten fünf Fürsorgezöglinge zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Monaten.

Es handelt sich dabei um die Vorgänge in der Zwangserziehungsanstalt Scheuen, wo es zu einer Revolte kam, die durch den Erziehungsdirektor STRAUBE und eine Anzahl Zöglinge bekämpft wurde. Die Opfer dieses Kampfes waren zwei Fürsorgezöglinge; der eine, LEDEBUR, wurde tödlich verletzt, der andere hat sonst erhebliche Verletzungen davongetragen. Die Verhandlungen gegen STRAUBE damals in Lüneburg hat großes Aufsehen erregt. Das Urteil gegen STRAUBE und seine Mittäter ist nun rechtskräftig.

### Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Bezirk Mitte; Montag, 20. Juni, um 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bf. Börse). Thema: Das Ende der Demokratie. — Was sollen wir tun?

**Hannover:** Mittwoch, den 22. Juni 1932, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Schafft den linken Wahlblock zu den Reichstagswahlen!

**Hann.-Münden:** Sonntag, den 19. Juni, vor-mittags 9.30 Uhr, im Gasthaus „Jagdhaus Hermannshagen“ (Alb. HEEDÉ). Thema: Sozialismus und Vegetarismus. Treffpunkt zum gemeinsamen Waldspaziergang zum Jagdhaus 7.45 Uhr beim Arbeitsamt Blume.

### Hamburg-Hammerbrook:

Am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt Euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

**Köln:** Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, I. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

**Köln-Deutz:** Donnerstag, den 23. Juni, 20.15 Uhr, Lokal ARENZ, Siegburger Str. 60. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

**München:** Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im Gasthaus „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Nationalisten und Faschisten auf dem Marsch! Wie steht es um die Abwehrfront?

**Zwickau:** Montag, den 20. Juni 1932, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße. Thema: Die nächsten Aufgaben der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus.

**Freie Aussprache! Eintritt frei!**

**Witten-Ruhr:** Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Röttemeyer, Ardeystraße 104. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD? Freie Aussprache! — Eintritt: 10 Pf.

# Bauern gegen Junker.

Der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 12. Juni entnehmen wir das Folgende. (Die „Deutsche Bauernzeitung“ ist das Zentralorgan der Deutschen Bauernschaft, der Organisation, die sich vom Landbund abgespalten hat in Erkenntnis dessen, daß der Landbund eine Vertretung nur der großagrarisches Interessen ist.)

Anfang April 1930 wurde der Reichslandbundpräsident und deutschnationale Abgeordnete Dr. h. c. SCHIELE Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im damals konstituierten Kabinett BRÜNING. Zwei Jahre und zwei Monate hat Minister SCHIELE Zeit zur Lösung der ihm gestellten Aufgabe — Wiedergewinnung der landwirtschaftlichen Rentabilität und Osthilfe — gehabt. Wirkliche Erfolge oder gar Durchschlagendes hat er nicht erreicht.

Seine Freunde von einst, als deren Vertrauensmann er das landwirtschaftliche Ressort in der Regierung BRÜNING übernahm, haben ihn in einer wahrhaft beispiellosen Art im Stich gelassen und sich obendrein seiner hinterher als des Sündenbockes für die Fehler ihrer „Grüne-Front“-Politik bedient. Aber erst kurz vor dem Sturze des Kabinetts BRÜNING haben sie sich entschlossen, offen gegen ihn vorzugehen; denn bis dahin hat man in jenen Kreisen Herrn SCHIELE als selbstlosesten Freund wohl zu schätzen gewußt.

„Es ist für den Reichslandbund eine schmerzliche Pflicht“, schrieb am 12. Mai d. J. der Reichslandbundpräsident Graf KALCKREUTH an den Herrn Reichspräsidenten, — „in diesem Zusammenhange besonders auf das vollkommen zerrissene Vertrauensverhältnis zu dem berufenen Vertreter unseres Berufsstandes, dem Herrn Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister SCHIELE hinweisen zu müssen. Die Häufung der Enttäuschungen, die die Landwirtschaft gerade durch das Versagen dieser ihr einst so nahestehenden Persönlichkeit in den entscheidenden Fragen des Schutzes der bäuerlichen Veredelungswirtschaft während ihrer Amtsführung erlitten hat, hat einen Spannungszustand geschaffen, der jede sachliche Zusammenarbeit lähmt.“

In anderen Auslassungen zum Kabinettswechsel wird SCHIELE von seiten des Landbundes mangelnde Entschlußkraft und Halbheit seiner Maßnahmen vorgeworfen. . . .

Die Verböhrtheit und Unehrllichkeit dieser Deklamation liegt auf der Hand. . . . Demgegenüber muß im Interesse der geschichtlichen Wahrheit hier nochmals festgestellt werden, das SCHIELE als Vertrauensmann des Landbundes in das Kabinett BRÜNING berufen und Zeit seiner Ministerschaft Landbund- und „Grüne-Front“-Politik getrieben hat. Ueber zwei Jahre lang hat man sich den „Versager“ sehr gern gefallen lassen und gern die Früchte seiner einseitigen Großgrundbesitzerpolitik genossen.

Fallen ließ man ihn erst, als sich nichts mehr aus seiner Ministerschaft für den Großgrundbesitzer herauspressen ließ und man einen Sündenbock für die sträfliche bauernfeindliche Politik des Landbundes brauchte.

Wenn man die für die Stützung des Großgrundbesitzes aufgewendeten Millionen und die zu seinen Gunsten der Allgemeinheit zugemuteten riesigen Opfer bedenkt, dann kann ohnehin und wahrheitsliebender Mensch den Vorwurf anerkennen, Herr SCHIELE hätte sich seinen Ministerkollegen gegenüber nicht durchzusetzen verstanden. . . . Als er vor mehr als zwei Jahren auf seinem verantwortungsvollen Posten erschien, waren alle sachverständigen Stellen — sogar der Deutsche Landwirtschaftsrat — darin einig, daß für den Getreidebau nachgerade schon reichlich viel an Hilfe und Stützung geleistet war und es nun darauf ankam, der Viehwirtschaft, aus der die deutsche Landwirtschaft drei Viertel ihrer Einnahmen zieht, Parität und die Möglichkeit zu geben, den Vorsprung des Getreidebaues und des Auslandes einzuholen. Die Deutsche Bauernzeitung schrieb damals in klarer Beurteilung der Situation u. a.:

„Selbstverständlich kann kein Mensch von dem neuen Reichsernährungsminister (SCHIELE) Unmögliches verlangen. Wir sprechen aber mit dringender Hoffnung und die unbedingte Erwartung aus, daß die Arbeit des Herrn SCHIELE an der exponierten Stelle, an der er jetzt steht, sich auch zum größtmöglichen Nutzen für das deutsche Bauerntum auswirke. Herr Minister SCHIELE, heute haben Sie noch die freie Entscheidung darüber, ob Sie der Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft, also in der Hauptsache dem deutschen Bauerntum die dringendst gebotene Hilfe bringen oder ob Sie lediglich den Großgrundbesitzer stützen wollen. — Die Geschichte des deutschen Volkes wird dereinst über Ihre gegenwärtige Ministerzeit Gericht halten.“

Fortführung der Stützung des Großgrundbesitzes auf Kosten der Steuerzahler und der Siedler aber gerade gab den Anstoß zu den Vorgängen, die auch Herrn SCHIELE von seinem Platze verschwinden ließen. Die schwarzen Bauernfahnen, die er im Jahre 1930 kurz vor Antritt des Ministerpostens als von Verantwortung unbeschwerter Landbundführer rauschen ließ, haben andern unter seiner Ministerschaft rauschen lassen, weil die

Parteilpolitiker der Rechten den unzufriedenen Bauer brauchen, um auf den Trümmern des Volksstaates die Junkerherrschaft wiederaufrichten zu können.

Die Aera SCHIELE hat einen bedenklichen Fortschritt in dieser Richtung bewirkt, und wir stehen jetzt vor der Frage, ob sich die Wünsche des Junkertums erfüllen, oder ob an eine Rettung und einen Wiederaufbau der bäuerlichen Landwirtschaft noch zu denken ist.

Ein Junker-Kabinett hat jetzt für unbestimmte Zeit die Lenkung des deutschen Schicksals in die Hand genommen. Alle Mitglieder der neuen Regierung erfreuen sich allerstärkster Sympathie des Großgrundbesitzes. Das für diesen schon immer entscheidend wichtige Reichsernährungsministerium ist dem Landbunde vollkommen ausgeliefert. Der Landbund übernimmt damit aber jetzt nicht nur restlos die Verantwortung für die künftige Gestaltung der agraren Produktions- und Handelspolitik, die er ja auch unter SCHIELE ganz nach seinem Willen bestimmt hat, sondern auch die Osthilfe und das unter den gegebenen Umständen von ihr nicht mehr zu trennende Siedlungswesen sind nunmehr unbestrittene Landbundesdomäne. Diese so neu stabilisierte und erweiterte Verantwortung des Landbundes und des Großagrariertums kann gar nicht stark genug betont werden. Denn die Ministerschaft SCHIELES hat geradezu erschreckend gelehrt, mit welcher Bedenkenlosigkeit die Landbundpolitiker und

-demagogen eine solche gegebenenfalls abzuleugnen imstande sind.

Ueber den neuen Reichsernährungsminister Freiherrn von BRAUN liest man in der Landbundespresse etwa nur dies, daß seine Fachkenntnisse, seine Verdienste und seine Energie „genügsam“ (!) bekannt seien. Nachdrücklichst unterstrichen sei, daß er, gleichzeitig zum Ostkommissar bestellt, auch dazu ausersehen scheint, die Bestrebungen zu verwirklichen, die eine verstärkte Siedlungstätigkeit hintertreiben wollen. In den bisherigen Erklärungen des neuen Kabinetts hat die Siedlung bemerkenswerterweise überhaupt noch keine Erwähnung gefunden.

Die Gegner einer kraftvollen Siedlung können heute schon triumphieren: „Zeit gewonnen — viel gewonnen.“

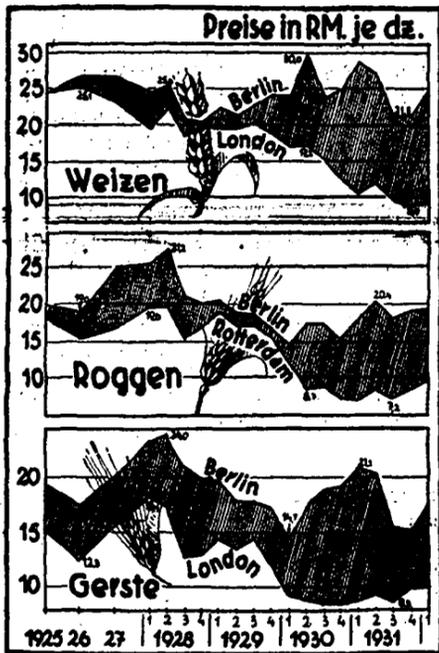
Zwei volle Jahre der Landbundesministerschaft SCHIELES sind vom bäuerlichen Standpunkt aus als agrarpolitisch verloren zu betrachten. Der Niedergang der bäuerlichen Wirtschaft und ihrer Rentabilität spiegelt sich erschreckend in den nachstehenden Zahlen wieder. Die Indexziffer der Agrarpreise betrug

	1913 = 100				
	Pflanzl. Nahrungsmittel	Vieh	Viehcrzeugnisse	Futtermittel	Agrarstoffe zusammen
März 1930	109,0	115,8	117,7	85,8	110,0
25. März 1932	119,7	59,9	89,7	91,8	91,7

Ganz abgesehen von dem geradezu katastrophalen Tiefstand des viehwirtschaftlichen Preisniveaus, springt ohne weiteres in die Augen, wie sinnwidrig und anorganisch sich das Verhältnis der Einzelpositionen innerhalb des Gesamtagrarindex verschoben und verkehrt hat. Diese Zahlen sind die Bilanz-Endsummen der Schiele- und „Grüne-Front“-Politik und fallen voll und ganz dem Landbunde zur Last.

Wer den Landbund, sein Wesen und seinen Charakter kennt, vermag jedoch auch hinsichtlich der kommenden Periode landbündlerischer Agrarpolitik leider keinerlei Hoffnung zu fassen, daß ein Mann, der das vom Landbunde auf ihn gesetzt Vertrauen rechtfertigen soll, die Lebensnotwendigkeiten des Bauertums besser, als es bisher geschehen ist, zu begreifen und zu schützen in der Lage sein könnte.

# Junker und Bauern gegen Konsumenten.



## Was kostet den Bauern die Regierung Popen?

1. Schlachtsteuer in Preußen. Der Staat Preußen hat zwar seine Mitwirkung an die Siedlung für 100 Millionen Mark verkauft, bekommt den Kaufpreis aber vorläufig nicht ausbezahlt. Preußen mußte daher sehr rasch, um die Einsetzung irgendeines Barons als Staatskommissar zu vermeiden, neue Steuern ausschreiben. Darunter ist die Schlachtsteuer, die jährlich 80 bis 100 Millionen Mark einbringen soll. Mit einem hohen Anteil an diesem Betrag werden die Viehzüchter, also in erster Linie die Bauern, belastet.

2. Umsatzsteuer. Die Bauern brauchten bisher im allgemeinen keine Umsatzsteuer zu bezahlen, weil ihr Umsatz in die „Freigrenze“ von 5000 Mark fiel. Diese Freigrenze ist jetzt aufgehoben worden. Die Belastung der Bauern ist deshalb besonders ungerecht, weil sie vor allem Vieh und Viehprodukte verkaufen und dafür der erhöhte Umsatzsteuersatz von 2 Prozent berechnet wird. Der Getreideverkauf, der Haupteinnahmeposten der Großagrariere, ist nur mit 0,85 Prozent Umsatzsteuer belastet!

3. Die Käufer. Die Massenkaukraft wird durch die PAPENSche Notverordnung um rund 1 1/2 Milliarden Mark jährlich beschnitten (genaue Berechnung in Nr. 139). Darunter leiden besonders die Bauern als Verkäufer von Veredelungsprodukten, viel weniger die Großagrariere: Die Verarmung der Bevölkerung führt dazu, daß mehr Brot gegessen wird!

4. Die Bauernsöhne. Die Hoffnung, daß Ostelbien durch Massenansiedlung deutscher Bauernsöhne und Landarbeiter zu einem Bauernland wird, sind vorläufig wieder dahin. Denn die Junkerregierung ist ja gerade bestellt worden, um diesen „Siedlungsbolschewismus“ zu vermeiden und die bankrotten Junker-Betriebe zu erhalten.

5. Der Kredit. Durch die Verordnung über Einstellung von Zwangsversteigerungen wird zwar auch einzelnen Bauern vorübergehend geholfen werden. Auf die Dauer wird durch solche Maßnahmen der Kredit aller Landwirte, auch der Bauern, ruiniert. Wer wird einem Bauern noch Geld leihen, wenn er weiß, das Geld kann ihm durch Notverordnungen verloren gehen? — Solche Maßnahmen wie der „Vollstreck-

## Die Junker bauen ihren Machtapparat aus.

Das Reichsernährungsministerium wird umorganisiert. In der Abteilung I werden „Binnenwirtschaftliche Fragen“ (landwirtschaftliches Notprogramm, Betriebsumstellung, Agrarpropaganda) bearbeitet. Die Abteilung II ist zuständig für Zoll- und Handelspolitik. In diesen beiden Abteilungen werden Fragen bearbeitet, die auch Bauern interessieren; sie werden dort sicher zum Teil in bauernfreundlichem Sinne bearbeitet werden. Doch was wird das nützen?

In die neugebildete Abteilung III wird aus den bisherigen Abteilungen I und II die Bearbeitung aller Getreidefragen (einschließlich Maismonopol und Futtergetreide) übernommen. Diese Abteilung wird handeln, während die anderen beiden Abteilungen verhandeln!

Die Abteilung „Siedlung und Osthilfe“ ist unmittelbar dem Reichsernährungsminister Freiherrn von BRAUN unterstellt. Es ist dafür nur eine Abteilung notwendig. Denn Siedlung wird von dieser Regierung ja nur als Mittel eingesetzt, um die Osthilfe für die Großagrariere durchführen zu können, um zum Beispiel den Sturz der Güterpreise aufzuhalten. Rpt.

## Freiherr von Braun im Kampf mit Adam Riese.

Auf dem Verbandstag der Rheinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Köln, am 16. Juni, hielt der Reichsernährungsminister Freiherr von BRAUN eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Es ist nicht tragbar, wenn die Preise für die verschiedensten Gemüsesorten heute um 160 bis 350 Prozent unter den entsprechenden Preisen des Jahres 1924 liegen.“

Die Kunst des Rechnens steht bei den Junkern anscheinend nicht sehr in Ehren, nachdem sie es auf Grund der Notverordnungen nicht mehr nötig haben, die Zinsen für ihre Schulden auszurechnen. — Wenn ein Preis heute um 100 Prozent unter dem entsprechenden Preis des Jahres 1924 liegt, dann kostet das betreffende Produkt heute nichts. Soweit wir wissen, kostet das Gemüse in Westdeutschland mehr als nichts. Wie eine Senkung des Preises gar um 160 bis 350 Prozent aussieht, muß der Freiherr von BRAUN uns erklären. Ist es etwa so, daß man beim Kauf von Gemüse etwas zugezahlt bekommt? —

Die von links nach rechts breiter werdenden Bänder unseres Bildes zeigen die Wirkungen der sich übersteigernden deutschen Zollpolitik: die deutschen Getreidepreise sind immer höher über den Weltmarktpreis hinaufgetrieben worden. Die deutschen Konsumenten müssen für Brotgetreide die deutschen Bauern für Futtergetreide das Zwei- bis Dreifache des Weltmarktpreises zahlen.

Werden wirklich auch die Bauern durch Getreidezölle geschädigt? Nach den Untersuchungen der deutschen Bauernschaft erzeugen die bäuerlichen Betriebe unter 20 Hektar nur 5 Millionen Tonnen Futtergetreide, für den eigenen Bedarf selber und kaufen 6,4 Millionen Tonnen Futtergetreide zu. Für diese Menge müssen sie die stark überhöhten Preise zahlen.

Ein anderer Einwand, den man oft hört: Der Staat muß doch seine Steuern irgendwoher nehmen; warum also nicht aus Zöllen auf Getreide? — Zunächst: Es ist ungerecht, gerade die wichtigsten Nahrungsmittel zu verzollen. Dieser Zoll wirkt wie eine Kopfsteuer; sie trifft arme und Reiche mit ungefähr dem gleichen Betrag, also verschieden schwer. Aber abgesehen davon: Die „Steuer“ — wenn wir dieses Wort verwenden wollen — wird nur zum geringsten Teil von den Zollkassen des deutschen Reiches eingezogen. Zum größten Teil wird sie erhoben von denen, die hinter dem Schutzwall der hohen Zölle in Deutschland das Brot und Futtergetreide zu hohen Preisen verkaufen, also in erster Linie von den deutschen Großagrariern.

Unser Bild zeigt also, welche Macht die Junker bereits vor dem Amtsantritt ihrer eigenen Regierung in Deutschland hatten, es zeigt, wieviel bereits Herr SCHIELE als Ernährungsminister für sie geleistet hat. H. H.

„Kungsschutz“ sind notwendig, wenn man die Junker-Betriebe erhalten will; denn Mittel, sie wieder gesund zu machen, so daß sie solchen Schutz nicht brauchen, gibt es offenbar nicht.

Um die Bauernbetriebe wieder gesund und kreditwürdig zu machen, braucht man auf dem Gebiete der Agrarpolitik nur ungefähr das Gegenteil dessen zu tun, was man seit Jahrzehnten in Deutschland getan hat. Dann kommt der Gerichtsvollzieher zum Bauern sowieso nicht, auch ohne „Vollstreckungsschutz“!

Der Vollstreckungsschutz und alle die anderen Maßnahmen zu Gunsten der Großagrariere können

Kranke doch nicht gesund machen; wohl aber können sie Gesunde krank machen. Rpt.

## Junker-Zeitung gegen Bauernvertreter.

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 11. Juni brachte ein wirklicher Bauernvertreter, der Präsident der oberschlesischen Landwirtschaftskammer FRANZKE, einen Antrag zur Frage der Produktionskostensenkung ein, in dem von der Reichsregierung an erster Stelle eine Senkung der Kartellpreise für Düngemittel verlangt wurde. FRANZKE forderte ferner in einer Rede Erleichterungen für die Anliegersiedlung (durch die vorhandene Kleinbetriebe zu selbständigen Ackerbauern ausgebaut werden sollen).

Die „Deutsche Tageszeitung“ kennzeichnet die Ausführungen FRANZKES als „ein von der Versammlungsmehrheit mit Spaziergängen in der Wandelhalle quittiertes Zwischenpiel und schreibt dabei folgenden Satz: „So war in dieser Versammlung . . . noch einmal der Geist der hoffentlich endgültig erledigten Zeit kränend auf die Kirchhofmauer geklettert . . .“

Was wollen die Bauern dazu tun, daß die Zeit, in der ihre Vertreter so beschimpft werden und in der Agrarpolitik grundsätzlich gegen sie gemacht wird „endgültig erledigt“ ist?